

- TOP 6: Siebter Bericht zur Lage von Menschen mit Behinderungen unter besonderer Berücksichtigung der Situation behinderter Frauen und über die Umsetzung des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen**
- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie -

Beschluss:

1. Der Ministerrat nimmt den Siebten Bericht des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie zur Lage der Menschen mit Behinderungen unter besonderer Berücksichtigung der Situation behinderter Frauen und über die Umsetzung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz zur Kenntnis.
2. Die Staatskanzlei wird gebeten, den Bericht an den Präsidenten des Landtags weiterzuleiten.

Erläuterungen:

Der Ministerrat nimmt den Siebten Bericht des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie zur Lage von Menschen mit Behinderungen unter besonderer Berücksichtigung der Situation behinderter Frauen und über die Umsetzung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz zur Kenntnis.

Die Politik von und für Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz orientiert sich an dem Leitsatz „Leben wie alle - mittendrin von Anfang an“. Menschen mit Behinderungen eine individuelle Teilhabe sowie Selbstbestimmung auf allen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen und die Umsetzung eines barrierefreien und inklusiven Lebensumfeldes sind die Ziele des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (Landesbehindertengleichstellungsgesetz - LGGBehM) vom

16. Dezember 2002. Das Landesbehindertengleichstellungsgesetz ist seit dem 1. Januar 2003 und damit seit über vierzehn Jahren in Kraft.

In zweijährigem Turnus berichtet die Landesregierung über die Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes und die Lage von Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz. Der nun vorliegende Siebte Bericht orientiert sich inhaltlich an dem Ende 2015 veröffentlichten fortgeschriebenen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.